



europa.ch



“

Interview mit Guy Verhofstadt

«Ich bin ein grosser Befürworter
des europäischen Projekts; deswegen
plädiere ich für eine Reform»

hintergrund

Brexit ändert alles, in Grossbritannien wie auch in Europa
 >> Seite 3

Brexit: Herausforderung mit Risiken und Chancen
 >> Seite 4

Europa nach dem Brexit
 >> Seite 5

interview

Guy Verhofstadt – «Ich bin ein grosser Befürworter des europäischen Projekts; deswegen plädiere ich für eine Reform»
 >> Seiten 6–8

literatur

EU-Innengrenze
 >> Seite 9

EU-Inside

Alexandre Stutzmann
 >> Seite 10

sektionen

Brexit, eine nützliche Krise für die EU?
 >> Seite 11

Post-Brexit und der Schweizer Traum vom autonomen Inseldasein
 >> Seite 12

yes

Brexit und die Populisten: Was wir aus Camerons Fehlern lernen können
 >> Seite 13

EU-Mythen aufgespießt

«Die EU ist eine diktatorische Behördenherrschaft»
 >> Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser



Sich dem grünen Zweig zu nähern ist besser als zu erstarren! Im Rahmen der Erinnerungsfeierlichkeiten der Rede von Winston Churchill vom 19. September 1946 trafen sich EU Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundespräsident Johann Schneider-Ammann in Zürich. Juncker liess an der Limmat verlauten, die Gespräche zwischen der Schweiz und der EU bezüglich Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) kämen auf keinen grünen Zweig, immerhin würde man sich aber darauf zubewegen. Was es genau bedeuten würde, auf einen grünen Zweig zu kommen, bleibt derzeit aber etwas ungewiss. Derweil legte das Schweizer Parlament noch in derselben Woche ein klares Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit ab. Mit dem sogenannten «Inländervorrang light» will der Nationalrat an der Personenfreizügigkeit festhalten und dabei die MEI relativ schwach umsetzen. So unschön nicht oder nur schwach umgesetzte Volksentscheide aus staatspolitischer Sicht sein mögen, aus realpolitischem Blickwinkel ist diese Umsetzung wünschenswert. Die Einführung von Kontingenten und Schutzklauseln würde nicht nur die Personenfreizügigkeit, sondern auch die Bilateralen und damit sehr direkt unseren Wohlstand gefährden.

Trotzdem ist es ein Unding, was in der Schweiz und zunehmend in gewissen Ländern der EU geschieht: Die EU ist schlecht und an allem Malaise schuld, am EU-Binnenmarkt teilhaben wollen aber trotzdem alle. Dabei scheint es nur Wenige zu kümmern, dass es nicht die EU war, die die katastrophale Flüchtlingskrise der letzten Jahre in Europa zu verantworten hatte, sondern die einzelnen Mitgliedstaaten, welche sich quer stellten gegen EU-weite Massnahmen und einem gemeinsamen Vorgehen. Es spielt keine Rolle mehr, dass Brexit-Befürworter Geschichten erzählten, welche sich im Nachhinein als eiskalte Lügen herausstellten, jetzt da der Brexit absehbar wird. Und genauso wenig scheint es in der Schweiz eine Mehrheit zu kümmern, dass die SVP seit Jahren nichts als Polemik gegen die EU betreibt und allen anderen ihr isolationistisches Weltbild aufdrängt, gleichzeitig aber nie Verantwortung für die Folgen übernehmen muss. Dabei ist es höchste Zeit, in Sachen Beziehungen Schweiz- EU auf einen grünen Zweig zu kommen.

In Zeiten von wachsendem Nationalismus und gefordertem Isolationismus müssen wir vereint für unsere proeuropäische Haltung und unsere zukunftsorientierten Positionen kämpfen und aufzeigen, dass es – gemeinsam mit der EU – Lösungen für die gegenwärtigen Herausforderungen gibt. Dafür steht die Nebs ein. Tagtäglich.

Lukas Wegmüller
 Co-Generalsekretär

surfer

Eine kindlich-fröhliche Ode an Europas Wälder

Etwa 40% der Landoberfläche im EU-Raum sind bewaldet, und ein inniges Verhältnis der Bevölkerung zu ihren Wäldern ist überall verbreitet. Das verführte die Europäische Kommission dazu, für einmal nicht eine nüchtern-faktenreiche Info-Broschüre, sondern eine kindlich-fröhliche Laudatio an den Lebensraum Wald herauszugeben. In «Geschichten aus unseren Wäldern» kommen alle 28 EU-Länder mit einem Gedicht, einem Kinderlied oder dergleichen zum Zug und kräftige, bunte Kinderzeichnungen begleiten die Sammlung. Sie kann kostenlos als PDF abgerufen werden. (sp)

<http://bookshop.europa.eu/de/geschichten-aus-unseren-waeldern-pbKF0213196/>

Wo liegt die «Grüne Hauptstadt Europas»?

2008 regte eine Gruppe europäischer Städte an, jährlich eine Auszeichnung für eine «grüne», energie- und klimabewusste Stadt zu vergeben. Die Europäische Kommission trug das Vorhaben mit und seit 2010 wählt eine Fachjury jedes Jahr eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern zur «European Green Capital» (für «grüne» Städte zwischen 20 000 und 100 000 gibt's die Auszeichnung «Green Leaf»). Dieses Jahr trägt Sloweniens Hauptstadt Ljubljana den Ehrentitel; sie berichtet stolz über ihre «grünen» Verdienste. Übrigens: Auch Schweizer Städte können sich bewerben. (sp)

www.greenljubljana.com



BREXIT ÄNDERT ALLES, IN GROSSBRITANNIEN WIE AUCH IN EUROPA

Von **Denis MacShane**, ehem. Europaminister von Grossbritannien

Der Brexit ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es ist ein Weckruf für die europäischen Staaten, eine Lösung zu finden, um effizienter zusammenzuarbeiten, als sie es in diesem Jahrhundert bisher getan haben.

Im Januar 2015 habe ich ein Buch mit dem Titel: «Wie Grossbritannien die EU verlassen wird» veröffentlicht. Ich fühlte mich wie Cassandra in den Mauern von Troya, weil niemand von meinen proeuropäischen Freunden glauben konnte, dass Grossbritannien die EU verlassen wird. Auf keinen Fall wäre Grossbritannien so verrückt, die EU zu verlassen, nicht das Land des Freihandels, ausgestattet mit einem tiefen Wissen darüber, wie ein nationalistisches Europa aussieht.

Es ist noch zu früh, um die Konsequenzen des Brexit für die britische Wirtschaft abschätzen zu können. Brexit-Befürworter haben immer gesagt, dass Grossbritannien auch nach dem Brexit Zugang zum EU Binnenmarkt haben würde, es gleichzeitig aber möglich sei, den Zugang von EU-BürgerInnen über Visabestimmungen und Arbeits- und Wohnbeschränkungen zu kontrollieren. Allerdings haben sämtliche EU Verantwortlichen von Angela Merkel über François Hollande zu Jean-Claude Juncker inklusive sämtlicher EU Kommissare klar gesagt, dass im Falle einer Diskriminierung gegenüber EU-BürgerInnen kein Zugang zum EU-Binnenmarkt möglich sei. 250 Banken aus Nordamerika, Asien und alle Länder dieser Welt, inklusive aller wichtigen Schweizer Banken haben wichtige Ableger in London, weil damit der Zugang zum EU Markt mit 500 Millionen Kunden und Konsumenten gewährleistet wird. Bereits hat die UBS angekündigt, dass sie gegen 1500 Arbeitsplätze im Bankenbereich werden verschieben müssen, sollte der vollständige Brexit erfolgen. Die japanische Regierung liess dasselbe über die japanische Automobilindustrie verlauten, welche verantwortlich ist für die computergestützte Güterproduktion. In Grossbritannien gibt es 1000 japanische Unternehmen, welche davon ausgehen, dass GB ihre bisherigen Zugangsrechte zum EU-Binnenmarkt behalten wird.

Mit dem Brexit beginnt eine Zeit der Unsicherheit für Grossbritannien. Die USA, Australien und weitere Länder haben kommuniziert, dass es keine Gespräche über bilaterale Handelsbeziehungen mit Grossbritannien geben wird, solange sie nicht vollständig aus der EU ausgetreten sind. Und auch dann kann es Jahre dauern, bis Handelsabkommen effektiv in Kraft sind. Die Briten sind von einer mächtigen Gruppe von Medienbesitzern und populistischen Politikern mit der Idee verführt worden, dass Grossbritannien ausserhalb der EU im Paradies leben würde.

Heute sind sich Beobachter einig, dass während der Brexit-Kampagne enorme Lügen verbreitet wurden. So zum Beispiel die Aussage, dass Grossbritannien wöchentlich 350 Millionen Pfund für den Gesundheitssektor zur Verfügung hätte, sollte GB die EU verlassen. Oder zum Beispiel, dass die Türkei bald EU-Mitglied werden würde und dann 75 Millionen türkische Bürgerinnen und Bürger nach London reisen wollten oder auch die Behauptung, dass 70 Prozent der Gesetze in Grossbritannien in Brüssel gemacht würden. Trotz diesen enormen Behauptungen im Stil von 1930 gewannen die Populisten die Abstimmung. 20 Jahre lang wurden die politischen und medialen Angriffen gegen die EU innerhalb Grossbritanniens nie wirklich richtig in Frage gestellt. Die Abstimmung war deshalb auch eine Protestabstimmung, weil gewisse Bevölkerungsgruppen das Gefühl haben, dass heute nur noch für die Reichen geschaut wird und zu viele Menschen ohne anständige Arbeit, bezahlbare Wohnungen und Sozialschutz für Einheimische existieren müssen.

Während ich sicher war, dass die Entscheidung von David Cameron, ein Volksplebiszit einzuleiten, in einem Desaster enden würde, bin ich nicht sicher, ob die Britinnen und Briten der UKIP und den ausländerfeindlichen Populisten des Brexit in eine Sackgasse der Geschichte folgen werden. Es ist mir nicht möglich zu sagen, was in Mrs May vorgeht oder wann die konservativen Abgeordneten und die Unternehmerschaft zu verstehen beginnen werden, dass Isolation nie eine Lösung, sondern immer eine Gefahr war. Aber die Geschichte von Grossbritannien und der EU ist noch nicht beendet, und viele von uns werden für das Land, welches sie lieben, gegen den Brexit kämpfen. ■

Denis MacShane



Denis MacShane war Europaminister von Grossbritannien unter der Regierung von Tony Blair und während 18 Jahren Abgeordneter der Labour-Partei. Ausserdem ist er Autor des Buches «Brexit: How Britain Will Leave Europe».



BREXIT: HERAUSFORDERUNG MIT RISIKEN UND CHANCEN

Von **Monika Rühl**, Vorsitzende der Geschäftsleitung *economiesuisse*

Nach einem hart geführten Abstimmungskampf hat das britische Stimmvolk am 23. Juni 2016 den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union beschlossen. Der Entscheid markiert für die europäische Integration eine historische Zäsur: Noch nie hat ein Mitgliedstaat der Europäischen Union den Rücken gekehrt. Mit einem Anteil von 15 Prozent an der EU-Wirtschaftsleistung, 65 Millionen Einwohnern und als Mitglied der G7 sowie des UNO-Sicherheitsrats verlässt ein wirtschaftliches und politisches Schwergewicht die Union.

Noch ist nicht absehbar, welche volkswirtschaftlichen und institutionellen Auswirkungen der Brexit für Europa haben wird. Studien gehen von einem Rückgang des BIP von bis zu 5.5 Prozent und einem Verlust von über 900 000 Arbeitsplätzen aus. Die Fragen, die es zu beantworten gilt, sind grundlegender Natur und werden die Zukunft Europas nachhaltig beeinflussen. Welchen Zugang wird Grossbritannien zum

EU-Binnenmarkt erhalten? Wird sich die EU selbst reformieren? Wie gestaltet sich das vertragliche Verhältnis der Insel zu wichtigen Drittstaaten? Klar ist einzig, dass mit der Aktivierung von Artikel 50 des Lissaboner Vertrags die Uhr zu ticken beginnt: Spätestens zwei Jahre später scheidet Grossbritannien aus der EU aus, es sei denn, die Mitgliedstaaten würden einstimmig einer Verlängerung zustimmen.

Der Austritt Grossbritanniens aus der EU hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Die Volkswirtschaften beider Länder sind eng miteinander vernetzt: Jährlich werden Waren und Dienstleistungen im Umfang von 44 Milliarden Franken ausgetauscht. Für Grossbritannien ist unser Land punkto Warenhandel der achtwichtigste Export- und der fünftwichtigste Importmarkt. Auch betreffend Direktinvestitionen ist die Bedeutung der Schweiz als Zielmarkt gross. Hinter den USA und der EU liegen wir heute auf Rang drei der wichtigsten Investitionsstandorte. Die Schweiz ist ihrerseits der achtwichtigste Direktinvestor auf der Insel – noch vor Irland, Kanada oder Japan. Gleichzeitig ist die Insel mit fast 100 000 Angestellten der viertwichtigste Standort für Schweizer Unternehmen im Ausland.

Bislang basieren diese traditionell sehr engen Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien auf den bilateralen Abkommen mit der EU. Diese werden aber nach dem Austritt Grossbritanniens aus der Gemeinschaft nicht mehr anwendbar sein. Ohne vertragliche Anschlusslösung fallen die Schweiz und Grossbritannien in ihren rechtlichen Beziehungen somit auf multilaterale Abkommen wie die WTO und auf eine kleine Auswahl bilateraler Verträge zurück, die teils noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Die WTO-Regeln sind eine minimale Basis und genügen für die Aufrechterhaltung der intensiven Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern nicht. Für Schweizer Unternehmen wäre dies ein unhaltbarer Zustand. Solche fundamentalen Änderungen der Umstände eröffnen aber auch Chancen, die es zu nutzen gilt. Für die Schweiz bedeutet dies, dass nicht nur ein Erhalt des Status Quo, sondern wo immer möglich auch Verbesserungen im gegenseitigen Marktzugang angestrebt werden sollten. Denkbar wäre beispielsweise eine weitere Öffnung im Bereich des Dienstleistungssektors.

Der Brexit stellt somit nicht nur für Grossbritannien und die EU, sondern auch für die Schweiz eine Herausforderung mit derzeit noch offenem Ausgang dar. *economiesuisse* wird sich im Interesse der Schweizer Wirtschaft dafür einsetzen, dass die damit verbundenen Risiken abgesichert und vorhandene Chancen bestmöglich genutzt werden können. ■

Monika Rühl



Monika Rühl ist seit dem 1. September 2014 Vorsitzende der Geschäftsleitung von *economiesuisse*. Im Anschluss an ihr Studium der Romanistik (Französisch und Italienisch) an der Universität Zürich absolvierte Monika Rühl die Ausbildung zur Diplomatin in Bern, Brüssel und Genf. Nach Stationen im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA war sie persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Joseph Deiss und anschliessend Chefin des Leistungsbereichs bilaterale Wirtschaftsbeziehungen im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. 2008 wurde sie zur Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge ernannt. Von 2011–2014 leitete sie das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF.



EUROPA NACH DEM BREXIT

Von **Gilles Grin**, Dozent Universität Lausanne und Direktor Fondation Jean Monnet pour l'Europe

Die Mitgliedschaft Grossbritanniens (GB) in der Europäischen Union (EU) war eine Zweckheirat, welche geprägt war von Schwierigkeiten (das Referendum von Margret Thatcher zur Reduktion der Budgetbeteiligung, zunehmende Distanzierung Ende der 1980er Jahre). Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Bildung der EU durch die Positionen von GB geprägt worden ist (Binnenmarkt, Erweiterungsrounden) und dass GB Ausnahmen gewährt wurden in Bereichen, welche nicht mitgetragen werden konnten (Eurozone und Schengenraum). Das Ziel der Weiterentwicklung der EU zur politischen Union wurde von den Briten immer abgelehnt (allerdings nicht nur von ihnen).

Was also waren die Gründe, welche zum Brexit geführt haben? Erkennen kann man eine Protestwahl, in welcher das Thema der Einwanderung eine wichtige Rolle gespielt hat. Nach dem Referendum vom 23. Juni 2016 scheinen die Verantwortlichen die Aktivierung der Austrittsverhandlungen mit der EU nun immer wieder zu verschieben. Am Ende ist es aber sehr wahrscheinlich, dass GB die EU verlassen wird.

Es wäre wohl ein aussergewöhnliches Ereignis notwendig, um ein Auscheiden von GB zu verhindern. Wie das Verhältnis zwischen der EU und GB in Zukunft aussehen wird, ist zurzeit noch unklar. Die Auswirkungen und Konsequenzen des britischen Abstimmungsergebnisses werden wohl für beide Seiten negativ sein. Die Periode der Unsicherheit, welche einige Jahre dauern wird, wird Konsequenzen haben. Seit einigen Jahren häufen sich die ernstzunehmenden europäischen Krisen und diese haben Auswirkungen auf die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Eine Redynamisierung der EU wird nur Erfolg haben, wenn den Bürgerinnen und Bürgern der EU gezeigt werden kann, dass sie dank der EU in einer besseren Situation sind als ohne EU und dass die EU dabei helfen kann, aktuelle Probleme der heutigen Welt zu lösen. Gemeint sind Themen wie die Verstärkung der EU-Aussengrenzen, eine bessere und gemeinsame Verteilung der MigrantInnen, der Kampf gegen den Terror, sowie eine Stärkung der demokratischen Legitimation innerhalb der Eurozone durch eine bessere Einbindung der nationalen sowie des Europäischen Parlaments. Werden es im Gegensatz Nationalstaaten schaffen, Antworten auf die nicht regulierte Globalisierung, auf geopolitische Herausforderungen und Terrorismus zu finden? Die Europäische Union repräsentiert mit dem Respekt für nationale Diversität ein Zivilisationsprojekt. Ohne gemeinsame Lösungen für die globalen Fragen berauben sich die einzelnen Mitgliedstaaten der Möglichkeit, ihre Zukunft in einer sich rapide ändernden Welt selber zu gestalten und zu beeinflussen. Langfristig gesehen können Konflikte und Bürgerkriege immer wieder aufflammen.

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Wahlergebnis aus Grossbritannien ein weiterer Schlag. Durch den Brexit schwächt das Pfund, und ein noch stärkerer Franken hat Einfluss auf den Wohlstand und zerstört Arbeitskräfte. Im Weiteren werden die europäischen Gesprächspartner zurzeit anderes zu tun haben, als sich auf die Verhandlungen mit der Schweiz zu konzentrieren. Der Brexit könnte zudem dazu führen, dass die EU ihre Positionen versteift und zunehmend zwischen EU-Mitgliedstaaten und EU-Nichtmitgliedstaaten unterscheiden wird (auch wenn sich eine gewisse Differenzierung von Seiten der EU entwickeln könnte). Die Zukunft der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU könnte, insbesondere bei statischen sowie eben erst aufgelegten Verträgen, ebenfalls unsicherer werden. Ob Grossbritannien auf der Suche nach neuen, stabilen und dauerhaften Beziehungen mit der EU ein Verbündeter der Schweiz werden könnte, ist nicht unmöglich, zurzeit aber nur hypothetisch und keine kurzfristige Lösung. ■

Gilles Grin



Gilles Grin ist 1972 geboren und hat einen Abschluss in Volks- und Betriebswirtschaft der Universität Lausanne sowie der Universitäten Yale und der London School of Economics. Er hat einen Doktor in Internationalen Beziehungen am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung an der Universität Genf gemacht und für die Europäische Kommission sowie für die schweizerische Bundesverwaltung gearbeitet. Gilles Grin war Vizedirektor der Fondation Jean Monnet für Europa von 2006 bis 2012 und seit 2012 deren Direktor. Im Weiteren ist er seit 2007 Dozent an der Universität Lausanne und seit 2015 Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik.



«ICH BIN EIN GROSSER BEFÜRWORDER DES EUROPÄISCHEN PROJEKTS; DESWEGEN PLÄDIERE ICH FÜR EINE REFORM»

Guy Verhofstadt, ehemaliger Premierminister Belgiens und Abgeordneter im Europaparlament hat vergangenen Frühling ein Buch veröffentlicht. Der Titel des Buchs lautet «Die Krankheit Europas und die Wiederentdeckung des Ideals». Darin beschreibt er Lösungen zur Wieder lancierung des Europäischen Projekts, um aus der aktuellen Krise der EU herauszufinden. Lesen Sie im Folgenden das Interview mit der Nebs!

europa.ch: In Ihrem Buch «Die Krankheit Europas und die Wiederentdeckung des Ideals», welches dieses Jahr erschienen ist, sind Sie der EU gegenüber extrem kritisch. Riskieren Sie nicht, diejenigen zu bremsen, welche das europäische Projekt unterstützen wollen und zudem den Euro-skeptikern Auftrieb zu geben?

Guy Verhofstadt: Ich bin wohl einer der grössten Befürworter des europäischen Projekts und der europäischen Idee. Und gerade deswegen plädiere ich so vehement für eine Reform der Europäischen Union. Wir müssen sie umgestalten, damit sie wieder Antworten auf die wirklichen grossen Herausforderungen geben kann – für die Bewältigung der Flüchtlingskrise beispielsweise eine echte operative europäische Grenz- und Küstenwache, eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik; zur Bekämpfung des Terrorismus und in den Fragen der Sicherheit eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und einen gemeinsamen handlungsfähigen Geheimdienst. Wenn wir Lösungen in diesen Bereichen anbieten, in denen die Europäerinnen und Europäer einen echten Mehrwert erkennen, wird das Vertrauen in die EU zurückbringen. Wenn wir stattdessen einfach nur fortfahren, diese aktuelle Form der Europäischen Union zu verteidigen, ohne sie wirklich zu reformieren, fördern wir ihren weiteren Zerfall.

Diese Lösungen haben Sie in Ihrem Buch vorgestellt: Sie sprechen von einer europäischen Armee, einem europäischen Budget, einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik, einem europäischen Geheimdienst, einem gemeinsamen Markt, einer umfassenden Bankenunion, einer besseren Arbeitsmobilität, einer Überarbeitung des institutionellen



Systems, etc. Diese Massnahmen sind bekannt und könnten ohne grössere Schwierigkeiten umgesetzt werden, weshalb ist dies nicht bereits geschehen?

Wir sind in der EU in den letzten zehn Jahren zu einer Art Stillstand gekommen. Der Grund dafür ist immer wieder derselbe: Einzelne Mitgliedstaaten bestimmen das Tempo für Reformen und Entscheidungen in Brüssel. Wenn einzelne Staaten einen Fortschritt und ein weiteres Zusammenwachsen der EU blockieren wollen, sind sie dazu fähig. Durch jahrzehntelange Kompromisse und Ausnahmeregelungen haben wir

nicht nur ein institutionelles Chaos erzeugt, wir haben auch ein «Europa à la carte» geschaffen. Meiner Meinung nach lässt sich diesem Immobilismus entgegenwirken, indem wir zwei unterschiedliche Arten von Geschwindigkeiten innerhalb der Europäischen Union etablieren – so können die Staaten, die mehr

Integration wollen, enger zusammenwachsen, ohne dass die anderen, die das nicht wollen, sie blockieren.

Nächstes Jahr feiern die Römer Verträge ihr 60-Jahr-Jubiläum. Wäre dies nicht die günstige Gelegenheit, diesen Immobilismus zu unterbinden, und die Vorstellungen der Gründerväter wieder aufzunehmen und neue visionäre Ideen zu entwickeln?

«Wenn wir einfach nur weiter damit machen, diese momentane Form der EU zu verteidigen, ohne sie wirklich zu reformieren, fördern wir ihren weiteren Zerfall.»



Ja, in der Tat. Der 60. Jahrestag des Vertrages von Rom im März 2017 ist meiner Ansicht nach der geeignete Zeitpunkt, um einen ambitionierten Reformprozess der EU anzugehen und sie fit für die kommenden Jahrzehnte zu machen. Wir sollten dies auch zum Anlass nehmen, Europa insgesamt effizienter und weniger bürokratisch zu gestalten: Zum Beispiel könnte die Kommission eine kleine, aber wirksame europäische Regierung werden. Wir brauchen keine 28 verschiedene Minister. Wir brauchen auch nur einen Sitz für unsere Institutionen. Der Ausgang des britischen Referendums war ein deutliches Signal, dass wir nicht weitermachen können wie bisher, wenn wir nicht 27 weitere Austrittsreferenden provozieren wollen. Wir müssen uns aus der Stagnation befreien, damit ein richtiger Reformprozess in Gang kommt.

Sowohl in der Schweiz wie auch innerhalb der EU wird die Personenfreizügigkeit in Frage gestellt. Wie kann verhindert werden, dass dieses Grundprinzip der europäischen Integration in den nächsten Jahren geopfert wird?

Die Grenzen zu schliessen ist keine Lösung des Problems, geschweige denn der Ursache. Im Gegenteil, es ist einfach unmöglich, uns weg von unseren europäischen Nachbarn und Partnern zu bewegen und uns abzuschotten. Wir müssen stattdessen stärker zusammenarbeiten, wenn wir in der Welt weiterbestehen wollen. Wir sollten echte europäische Kompetenzen schaffen, anstatt uns in unsere Schneckenhäuser zurückzuziehen und zu hoffen, dass die Krise schon vorüberziehen wird. Die Antworten auf Angst vor Terrorismus und Massenmigration sollten klar europäische Lösungen sein: eine europäische Grenz- und Küstenwache an den Aussengrenzen, die zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten unterscheiden kann, eine gemeinsame Asylpolitik, mehr Befugnisse für Europol. Abschottung hingegen bedeutet Rückschritt.

Guy Verhofstadt

Guy Verhofstadt ist 1953 in Termonde in Belgien geboren und hat Recht an der Universität Gand studiert. 1982 wurde er mit 29 Jahren Präsident der flämischen Liberalen Partei PVV, 1985 wurde er ins Repräsentantenhaus gewählt. Im selben Jahr ernannte ihn König Baudouin zum Vize-Premierminister. Guy Verhofstadt war von 1999 bis 2008 Premierminister von Belgien, bevor er im Jahr 2009 ins Europäische Parlament gewählt wurde. Er präsidiert die parlamentarische Gruppe ALDE und ist Mitbegründer der Spinelli-Gruppe, welche die europäischen Föderalisten innerhalb der verschiedenen Parteien vereinen will. Am 8. September 2016 wurde Guy Verhofstadt zum Chefverhandler des Europäischen Parlaments in den Austrittsverhandlungen zwischen der EU und GB bestimmt.

Dieser Rückschritt ist gleichzeitig mit einem aufstrebenden Nationalismus in den Mitgliedstaaten, inklusive der Schweiz, zu beobachten. Wie kommt es dazu, dass der Nationalismus wieder so starken Auftrieb erhält, insbesondere angesichts der verheerenden Schäden, den er im Zweiten Weltkrieg in Europa angerichtet hat und die allen bekannt sind?

Ich glaube, Rechtspopulisten sind gut darin, Ängste zu schüren und Probleme zu benennen. Sie bieten aber keine Lösungen an. Die Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten, um zu bestehen. Wir müssen handlungsfähige europäische Kapazitäten schaffen. Wir können uns nicht einfach zurückziehen und hoffen, dass sich die Probleme schon von alleine lösen werden oder darauf vertrauen, dass jemand anders sie schon für uns lösen wird, wie im Falle des zweifelhaften Abkommens mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage. Es wird immer wieder Stimmen geben, die fordern, dass den Mitgliedstaaten wieder mehr Souveränität zugestanden werden soll. Ich kann ihnen nur von ganzem Herzen widersprechen. Mit solch einem

«Grenzen zu schliessen ist keine Lösung des Problems, geschweige denn der Ursache»

Ich glaube, Rechtspopulisten sind gut darin, Ängste zu schü-

ren und Probleme zu benennen. Sie bieten aber keine Lösungen an. Die Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten, um zu bestehen. Wir müssen handlungsfähige europäische Kapazitäten schaffen. Wir können uns nicht einfach zurückziehen und hoffen, dass sich die Probleme schon von alleine lösen werden oder darauf vertrauen, dass jemand anders sie schon für uns lösen wird, wie im Falle des zweifelhaften Abkommens mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage. Es wird immer wieder Stimmen geben, die fordern, dass den Mitgliedstaaten wieder mehr Souveränität zugestanden werden soll. Ich kann ihnen nur von ganzem Herzen widersprechen. Mit solch einem



Die Krankheit Europas und die Wiederentdeckung des Ideals



In seinem neuen Buch zeigt Guy Verhofstadt, auf überzeugende Art und Weise, dass sich die Entwicklung der EU verfahren hat. In schonungsloser Offenheit beschreibt er das Abgleiten des einst ambitionierten Projekts EU aufgrund von institutionellen Probleme. Für Guy Verhofstadt besteht die Lösung nicht darin, einen europäischen Superstaat zu errichten, sondern ein effizienteres und demokratischeres Europa zu bilden. Er fordert eine europäische Verfassung gemäss jener von 1953 und das Antreten des Erbes der Gründungsväter der EU.

Rückschritt würden wir das Projekt «Europa» schwächen und damit etwas, das uns Frieden und Wohlstand in Europa seit Jahrzehnten gesichert hat.

Am vergangenen 23. Juni haben die Briten für den Brexit gestimmt. Zurzeit scheint eine konsequente Umsetzung aber insbesondere für die Briten nicht besonders dringend. Könnte es sein, dass es gar nicht so weit kommt?
Ich bezweifle nicht, dass es dazu kommt. Die von den Institutionen geforderte zügige Notifizierung des Artikels 50 ist keine Bestrafung – es ist lediglich die Respektierung der demokratischen Entscheidung des britischen Volkes. Wir sollten die Phase der Unsicherheit auch für Unternehmen, Investoren usw. so kurz wie möglich halten. Ich denke deshalb, dass wir den Austritt bis 2019 abschliessen können. Andernfalls würde das neue Mandat mit einer Menge Unsicherheiten starten.

Könnte dieser Austritt durch einen «Assoziierungsstatus» für Grossbritannien geschehen? Was schwebt Ihnen vor?

Klar ist, dass die Vorteile des Binnenmarktes an die Personenfreizügigkeit gebunden sind. Die Freiheit, in einem anderen EU-Land arbeiten zu können,

ist einer der Grundsätze der Europäischen Union und des Binnenmarktes und ein Schlüsselement unserer freiheitlichen europäischen Gesellschaft, die wir verteidigen sollten. Wenn Großbritannien Teil des Binnenmarktes bleiben will, wenn irgendein Land Teil des Binnenmarktes werden will, dann muss es sich an die entsprechenden Regeln halten. Ein neues Verhältnis zwischen Grossbritannien und der Europäischen Union könnte auf einem «assozierten Status» aufgebaut sein – mit weniger Verpflichtungen, aber ebenso weniger Rechten für die Briten. Beispielsweise in Form eines umfanglicheren Freihandelsabkommens.

Uns bleibt eine wichtige Schlussfrage: Wie soll man angesichts der angesprochenen Probleme trotzdem weiterhin für Europa einstehen?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Lösungen für die Krisen unserer Zeit keine nationalstaatlichen sein können. Wirtschaftskrise, Flüchtlingskrise, die Bekämpfung des Terrorismus – diese Aufgaben können nur auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden. Und wenn wir in der Lage sind, diese Probleme zu bewältigen und zu lösen, würde das Zuversicht und wieder mehr Vertrauen in das europäische Projekt zurückbringen. Davon bin ich fest überzeugt. ■

Interview: Caroline Iberg



EU-INNENGRENZE

Von **Simon Chen**, Schauspieler und Slampoet

Sie geht mit ihrem Finger die EU-Aussengrenze ab. Die viel diskutierte EU-Aussengrenze, welche den EU-Raum vom Nicht-EU-Raum trennt. Sie fühlt Mitleid mit den EU-Ländern an der EU-Aussengrenze, die es leid sind, an der EU-Aussengrenze zu liegen und alles abzubekommen, was von aussen auf sie einströmt. Die EU-Aussengrenze, denkt sie und betrachtet die alternde Haut ihrer Hand, ist wie die Epidermis; sie wird als erstes verwundet, während die subkutanen Schichten noch verschont bleiben.

Sie überlegt sich: Wo es eine Aussengrenze gibt, muss es auch eine Innengrenze geben, beim Fussball gibt es schliesslich auch Aussenverteidiger und Innenverteidiger.

Aber wo ist die Innengrenze der EU, fragt sie sich und führt sich Europa vor ihre etwas kurzsichtigen Augen. Wenn die EU-Aussengrenze die Grenze zu einem äusseren Fremdgebiet markiert, dann muss die EU-Innengrenze die Grenze zu einem inneren Fremdgebiet sein. Ein Fremdgebiet also, welches ausserhalb der EU liegt, aber dennoch in ihrem Innern. Eine Innengrenze, schlussfolgert sie, muss demnach ein Fremdgebiet umschliessen.

Sie bückt sich ächzend und blickt auf Europa hinunter. Mitten auf der sonst vollständig blauen Fläche prangt ein weisser Fleck. Sie stellt fest, dass die EU-Innengrenze identisch ist mit dem Umriss der Schweiz. 1858 km unstete, gebrochene Linie. Die Innengrenze der EU ist die Aussengrenze dieses Nicht-EU-Landes. Die EU-Innengrenze ist die Umfassung eines Lochs, einer Lücke im europäischen Selbstverständnis. «Ganz Europa ist von der EU besetzt... Ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen Helvetiern bevölkertes Land...»

Das Loch, obwohl von der Grösse vernachlässigbar, fällt auf. Die Schweiz ist ein hässlicher Fleck inmitten der Landkarte, muss sie sich eingestehen, ein Fremdkörper im europäischen Gewebe. Jedes Kind würde die farblose Stelle sofort mit blauem Filzstift zumalen und so das Bild vervollkommen.

Sie richtet sich mühsam wieder auf und ordnet ihre etwas spröde gewordenen Haare. Viel lieber sieht sie die Schweiz als Insel inmitten der stürmischen See, als geschlossenen Garten und den EU-Raum als riesiges Bollwerk darumherum. Oder ist die Enklave vielmehr ein Gefängnishof, fragt sie sich zweifelnd, eingekreist, umzingelt, im Würgegriff der EU.

Die EU-Aussengrenze ist nicht starr, weiss sie, denn die EU ist erweiterbar. Auch nach innen, fürchtet sie. Sie spürt den ungeheuren Druck, der von der EU-Innengrenze von allen Seiten auf die Schweiz einwirkt.

Sie schaut an sich herunter. Mitten drin im blauen Meer steht sie genau auf dem weissen Fleck. Sie hebt ihr langes Gewand. Knöchel an Knöchel, wie gefesselt, trohnt sie auf dem kleinen Stück Erde; Ferse, Zehen und Aussenrist berühren die EU-Innengrenze. Speer und Schild hat sie schon längst in den Atlantik geworfen, sie waren ihr zu nichts mehr nütze. Jetzt nur das Gleichgewicht nicht verlieren, eine Unkonzentriertheit, und sie ist mit einem Bein in der EU! Es gilt standhaft zu bleiben und aufrecht. Der Lorbeerkrantz kratzt. Nur der absolute Stillstand bewahrt sie vor einer ungewollten Bewegung, jede Regung kann sie buchstäblich ins Aus befördern und ins Unglück stürzen.

Lange schon hält Helvetia diese Stellung. Ein paar Schritte würden ihr gut tun, damit ihr Kreislauf wieder etwas auf Touren kommt. Aber es wäre ein Schritt ins Ungewisse. Einer Ohnmacht nahe versucht sie sich zu entspannen, schliesst die Augen und atmet tief durch. Vergebens. Ein Krampf im rechten Bein, und das linke zuckt...

Simon Chen

*1972, arbeitete als Schauspieler in Bielefeld, Berlin und beim Theater Marie (Aarau). Seit 2007 arbeitet er als hauptberuflicher Slampoet, Spoken-Word-Autor und Moderator. Er ist freier Mitarbeiter von Radio SRF («Zytlupe», «PET»). 2010 erschien seine erste Solo-CD «Solange ihr lacht». 2013 «SUSHI CASANOVA» (Buch&CD). 2015 hatte er Premiere mit seinem ersten Kabarettprogramm «Meine Rede! Kabarett am Pult der Zeit», mit dem er zurzeit durch die Schweiz tourt. www.simonchen.ch



© David Nadlinger dpn



«HEUTE IST DIE EUROPÄISCHE UNION AN EINEM SCHEIDEWEG ANGELANGT»

Von **Alexandre Stutzmann**, Direktor für die ausserpolitischen und parlamentarischen Kommissionen.

Migrationskrise, andauernde wirtschaftliche Schwierigkeiten, identitäre Zweifel und Zunahme von Populismus, Terrorismus und Instabilität in der nahen Nachbarschaft: Im Moment wo die Europäische Union flutartig mit Herausforderungen konfrontiert wird, welche mitunter grosse Konsequenzen für ihre junge Geschichte haben, wie hauptsächlich der Brexit, setzen wir uns mit den visionären Lehren von einem gewissen Winston Churchill auseinander, welcher in seiner Rede von Zürich am 16. September 1946 verkündete: «Aber es gibt ein Mittel; [...] Es besteht in der Wiederherstellung der europäischen Familie, oder zumindest des grössten Teils der europäischen Familie, sodann darin, einen Rahmen zu entwerfen, damit sie sich in Frieden, Sicherheit und Freiheit entwickeln kann», ein Europa andeutend, das «so frei und glücklich leben würde wie die Schweiz», um mit dem Aufruf zu schliessen: «Vorwärts, Europa!»

Ein simpler historischer Zufall? Wetten wir, dass diese Perspektiven wohl auch in den Köpfen des «grössten Teils» der EU-Verantwortlichen waren, als die Deklaration von Bratislava vergangenen 16. September aufgesetzt wurde. Es steht da namentlich: «Die EU ist nicht perfekt, aber sie ist das beste Instrument, worüber wir verfügen, um den neuen Herausforderungen, welchen wir gegenüberstehen, gewachsen zu

sein. [...] Wir haben uns verpflichtet, unseren Bürgern die Vision von einer attraktiven EU zu bieten und deren Vertrauen und Unterstützung zu gewinnen. Wir sind überzeugt, dass wir den Willen und die Kraft haben, dies zu schaffen.»

Ein anspruchsvolles Programm einige Monate vor dem 60. Geburtstag der Verträge von Rom und eine klare «Einladung, sich mit der Demokratie zu verabreden», wie Präsident Juncker bereits anlässlich seiner Rede zum Zustand der Union am 12. September vor dem Europäischen Parlament betont hatte.

Die Politik ist selten frei von Symbolen. Heute ist die Europäische Union in vielerlei Hinsicht an einem Scheideweg angelangt. Das kommende Jahr kündigt sich als ein Test an, aber kann es nicht auch das Wiederaufleben einer gestärkten Union begünstigen? Sicherlich, der Brexit wird mehr und mehr Realität und, man kann es bedauern, bedingt eine Neudefinition der vertraglichen Verhältnisse, welche die EU und Grossbritannien verbinden. In vier Gründungsstaaten der EU finden wichtige Wahlen statt: in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland und in Italien. Wir wissen, wie viele der politischen Kampagnen, die sich ausschliesslich um nationale Anliegen drehen, so legitim sie auch sein mögen, ein gemeinsames europäisches Projekt beeinträchtigen, das auf Konsens und Solidarität aufgebaut ist. Wir sollten also mehr denn je das Ziel nicht aus den Augen verlieren, welches sich die Gründungsväter der EU gesetzt hatten und welches in Bratislava erneut bestätigt worden ist.

Der schwierige Weg, den Grossbritannien mit dem Referendum vom 23. Juni eingeschlagen hat, zeigt, wie vertrackt sich eine Union erweisen kann. Die Forderungen an die EU sind in verschiedenen Bereichen offensichtlich. Es handelt sich vor allem um die Stärkung des politischen Willens und die Stärkung des politischen Vertrauens, um Klarheit und Transparenz, um Verantwortung und eine Vision für die Zukunft, vielleicht auch um ein bisschen Vorstellungskraft. Die sehr grosse Mehrheit der 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments, durch das allgemeine Wahlrecht legitimiert, pflichten dieser Vision bei und bleiben entschlossen, die Freiheit und die fundamentalen Prinzipien der EU zu verteidigen und zu fördern, sei es innerhalb der EU oder auch in den Aussenbeziehungen zwischen der EU und ihren Partnerstaaten. Die stattfindende Neudefinition unserer Beziehungen mit der Schweiz, einem essentiellen Partner, gehören da dazu; es geht darum, eine Lösung zu finden, mit welcher alle zufrieden sind, im vollen Respekt dieser Prinzipien und unter Berücksichtigung unserer gegenseitigen Besorgnisse. ■



10

Alexandre Stutzmann



Alexandre Stutzmann ist 1973 geboren und hat an der Ecole Normale Supérieure und der Sorbonne Deutsch, Recht und Politikwissenschaft sowie Internationale Beziehungen am Europainstitut der Universität Florenz studiert. Er hat Politikwissenschaften an der Universität New York unterrichtet, bevor er im Jahr 2001 Sprecher des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments geworden ist. Anschliessend arbeitete er für das Sekretariat des Ausschusses für Ausländische Angelegenheiten in den Bereichen Mittelmeer, Naher Osten, Menschenrechte und Frieden im

Nahen Osten. Ab 2007 war er persönlicher Berater im Bereich Aussenpolitik verschiedener Persönlichkeiten wie etwa Gert Pötering, Jerzy Buzek und Martin Schulz. Im August 2014 wurde er Chef des Sekretariats des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und seit Dezember 2015 ist er verantwortlicher Direktor für die ausserpolitischen und parlamentarischen Kommissionen im Bereich der externen Politik (Aussenpolitik, Entwicklung, internationaler Handel, Menschenrechte, Sicherheit und Verteidigung).

BREXIT, EINE NÜTZLICHE KRISE FÜR DIE EU ?

Von **Axel Marion**, Abgeordneter des Grossen Rates des Kantons Waadt (CVP) und Präsident der Nebs Waadt

Wird die Europäische Union den Brexit überleben ? Das ist die Frage, welche sich alle Kommentatoren zurzeit stellen. Einige freuen sich über die Vorstellung, dass sie es nicht könnte. Andere hoffen schüchtern, dass sie es tut. Die Antwort ist: Aber sicher! Was man noch nicht weiss, ist in welcher Form und mit welchen Zielen.

Der beste der schlechten Gründe ist, dass die europäischen Politiker sonst keinen «punching ball» mehr hätten. Falls die EU verschwinden würde, wer könnte dann an ihrer Stelle für Fehler verantwortlich gemacht werden? Wie in einem schlechten Film braucht es immer einen «Bösewicht», um den oder die «Gute» klar davon abzugrenzen. Trotz martialischer Aussagen würde ausserdem wohl kein Politiker das Risiko eines innereuropäischen Konflikts auf sich nehmen wollen. Seit 1950 ist die Europäische Gemeinschaft die beste Garantie gegen eine neuerliche Feuersbrunst auf dem Kontinent. Ebenso gilt das für die zweite wichtige Ambition der EU, der Schaffung von Wohlstand durch die Abschaffung von wirtschaftlichen Hindernissen. Ob es anerkannt wird oder nicht, in dieser Hinsicht ist die EU ein immenser Erfolg. Der Beweis? Sowohl die britischen wie auch schweizerischen Euroskeptiker wollen Teil des gemeinsamen Binnenmarkts bleiben. Man hat schon spektakulärere Niederlagen gesehen.

Im Grunde leidet die EU an ihrem Erfolg. Man könnte sogar noch weiter gehen : Sie kriecht die Grundlage ihres eigenen Untergangs. Durch die Garantie eines sicheren Friedens auf dem Kontinent während sieben Jahrzehnten (mit den beiden Ausnahmen der Kriege in der Ukraine sowie in Jugoslawien, wobei diese Nicht-EU-Mitgliedstaaten waren), hat die EU die Idee von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen alten Feinden in Europa absurd gemacht. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsfreiheit in Europa in einem Ausmass selbstverständlich geworden, dass sich viele Menschen ihr Leben ohne sie gar nicht mehr vorstellen können. Das gilt insbesondere für die Menschen aus Grossbritannien und der Schweiz, sind es doch diese Länder, die zu den Wirtschaftschampions gehören! Gehen wir also zu unserer Eingangsfrage zurück: Wie sieht Europa nach dem Brexit aus? Ist eine starke Union nach wie vor notwendig? Ja, natürlich, denn nach wie vor fehlt eine einende Identität. Im Grunde ist es diese fehlende Identität, gegen welche sich die Euroskeptiker richten: Die europäischen Institutionen, die Regeln der Gemeinschaft und deren Werte und insbesondere die Personenfreizügigkeit, stellen Eingriffe in die direkte nationalstaatliche Souveränität dar. Für Föderalisten ist die Schaffung einer «europäischen Identität» elementar, für die meisten Menschen jedoch ein rotes Tuch, dank welcher jede Abstimmung verloren würde.



Axel Marion, Abgeordneter des Grossen Rates des Kantons Waadt (CVP) und Präsident der Nebs Waadt.

Allerdings muss hier nachdrücklich gesagt werden, dass das europäische Projekt nur gelingen wird, wenn drei Komponenten davon harmonisiert werden können: der Einsatz für Frieden, Wohlstand und Einheit. Unabhängig davon, was für eine Form sie hat, eine Aufgabe dieser dritten Dimension wäre verheerend. Aus diesem Grund ist es unmöglich, auf die Forderungen von britischer und schweizerischer Seite einzugehen und der Zugang zum Binnenmarkt ganz ohne eigenes gemeinschaftliches Engagement innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wird deshalb nicht möglich sein. Dies auch deshalb, weil damit verhindert werden soll, dass weitere EU-Mitgliedstaaten dasselbe einfordern werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt Europa eine eigene Fussballmannschaft: einen Katalysator für Emotionen, ein Identität stiftendes Gefäss, quasi eine Ersatzfamilie. Stellen sie sich vor, beim Erklingen der entsprechenden Nationalhymne würden sowohl die grössten Fans Polens wie auch diejenigen Spaniens vereint sein! In Europa fehlt es an emotionalem Engagement. Diese symbolische und emotionale Offensive sollte deshalb bereits heute eingeleitet werden, damit die aktuelle Krise der EU immerhin diesbezüglich etwas Gutes an sich hätte. ■



POST-BREXIT UND DER SCHWEIZER TRAUM VOM AUTONOMEN INSELDASEIN

Von **Katja Lapadula**, Mitglied der Sektion Aarau

«Scheiden tut weh», insbesondere, wenn der Scheidungswunsch einseitig und dann doch recht unerwartet passiert.

Konsequenzen für die EU

Mit dem Brexit verliert die EU 13% ihrer Einwohner und 17% ihrer Wirtschaftskraft sowie einen ihrer grössten Nettozahler. Hat Grossbritannien künftig keinen Zugang zum EU-Binnenmarkt mehr, entfielen an seinen Grenzen wieder Einfuhrzölle. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit müsste neu verhandelt werden. Ebenso bedürfte es Lösungen für die in der EU lebenden Briten sowie für die britischen EU-Beamten und -Parlamentarier. Umgekehrt müsste der Status der in Grossbritannien lebenden EU-Bürger neu geregelt werden.

Ebenfalls müssten die akademischen Austauschprogramme neu verhandelt werden. Es würde künftig vieles bürokratischer und hürdenreicher.

Aussenpolitisch wird es für die ohnehin wenig geeint auftretende EU nun schwieriger, auf Augenhöhe mit den USA, Russland oder China zu verhandeln. Innerhalb der EU werden sich die Gewichte verschieben. Im worst case könnte es zu einer Kettenreaktion weiterer austrittswilliger EU-Länder kommen und somit zu einer echten ZerreiSSprobe für die EU.

Konsequenzen für Grossbritannien

Der Verlust des Zugangs zum EU-Binnenmarkt kann zur Schwächung des Pfunds und zum Wegfall von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen führen. Die Wiedereinführung von Zöllen und Handelshemmnissen könnten Direktinvestitionen aus EU-Mitgliedsländern stark reduzieren. Der Finanzplatz London würde leiden, wenn seine Produkte nicht mehr automatisch in der EU zugelassen sind. Der für Grossbritan-

nien wichtige Finanzsektor müsste dann künftig auf den Kontinent oder Irland ausgelagert werden, würde Grossbritannien z.B. den gleichen bilateralen Weg gehen wie die Schweiz.

Die Kernfrage bleibt der Zugang zum EU-Binnenmarkt ohne freien Personenverkehr. Umsonst ist ein Marktzugang zur EU für Grossbritannien nicht zu haben, und es wird auch künftig einen Beitrag zum EU-Haushalt leisten müssen. Ebenso taugt das norwegische EWR-Modell kaum, da der zollfreie EU-Handel einiges kostet. Zudem wäre Grossbritannien von dem für sie wichtigen Finanzmarkt ausgeschlossen.

Ein weiteres Problem für Grossbritannien sind Schottland und Nordirland, die in der EU bleiben möchten.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Binnenmigration ist das Kernthema, an welchem sich beide Länder gegenüber Brüssel stossen. Das hat klar die Abstimmung zur Personenfreizügigkeit (PFZ) in der Schweiz aufgezeigt. Der Schweizer Traum eines Alleingangs bei voller Souveränität mit dennoch vielfältigen ökonomischen Verflechtungen à la carte zeugte davon. Anders jedoch als Grossbritannien ist die Schweiz eben keine Insel abseits vom Kernkontinent Europa. Sie liegt mitten drin und ist wirtschaftlich eng gebunden an ihn, und gerade als kleine, aber starke Volkswirtschaft profitiert sie besonders vom grossen EU-Absatzmarkt.

Viele visionieren eine EU-Freihandelszone mit Grossbritannien und den EWR-Mitgliedern im Rahmen der EFTA mit vielleicht bald weiteren austrittswilligen EU-Mitgliedsländern. Doch angesichts der jetzt geschwächten EU mit einer grossen Agenda an Aufgaben rückt das dagegen relativ «kleine» Problem Schweiz in den Hintergrund. Weitere À-la-carte-Vorteile wird es kaum geben. Der Bilateralismus, der für die Schweiz der «Königsweg» ist, bedeutet für die EU inzwischen eine «Sackgasse». Die Verhandlungen über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative liegen daher auf Eis.

Der Druck auf den Franken wird weiter hoch bleiben. Zu erwarten sind weitere Rückläufe im Detailhandel, bei den Exporten und dem Tourismus.

Allen Negativreden zum Trotz: Die EU wird sobald nicht untergehen! Die Schweiz wird sich mit ihr abfinden und sich ihrem künftigen Verhältnis zur EU stellen müssen.

Ein Implodieren des die Schweiz umgebenden Friedens-, Werte- und Stabilitätsmodells EU kann angesichts der Herausforderungen in einer globalisierten, interdependenten Welt kaum in ihrem Interesse sein. ■



12



Perfekte Lösung nach Brexit: Schotten und Schweizer tauschen Staatsgebiet

© Der Postillon

Lesen Sie den gesamten Artikel auf www.europa.ch/news-category/webblog/

BREXIT UND DIE POPULISTEN: WAS WIR AUS CAMERONS FEHLERN LERNEN KÖNNEN

Von **Julia Hofstetter**, Vize-Präsidentin der young european swiss (yes)

Das Referendumsergebnis in Grossbritannien dürfte sich kaum positiv auf die Verhandlungen der Schweiz und der EU zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) auswirken, doch erlaubt es uns, den Fall einer populistisch dominierten, europaskeptischen und migrationskritischen Kultur für einmal von aussen zu betrachten.

Paradoxerweise hat das europäische Land, das am wenigsten von der Flüchtlingskrise betroffen ist, die extremsten politischen Konsequenzen gezogen. Diese fragwürdige Leistung wird Populisten wie Nigel Farage und Boris Johnson zugeschrieben, die das Brexit-Referendum mit Parolen prägten, die Rückgewinnung von nationaler Souveränität und Kontrolle über die Immigration versprochen.

Entwicklungen, die uns gar nicht so fremd sind. Das Brexit-Referendum weist einige Parallelen mit der MEI auf, vom Argumentarium der Rechtspopulisten über das knappe Wahlergebnis bis zu der Frage, ob sich die Wählerschaft der Konsequenzen der Vorlage tatsächlich bewusst war. Das «Leave»-Lager wie auch die SVP haben es geschafft, durch das Schüren diffuser Ängste und nationalistischer Tendenzen eine Identitätspolitik zu betreiben und damit euroskeptischen und migrationskritischen Werten mehr Gewicht zu verleihen als rationalen Interessen.

Zu Recht wird im Zusammenhang mit dem aufstrebenden Populismus vom postfaktischen Zeitalter gesprochen, in dem Fakten durch die Bewirtschaftung von Gefühlen und Stimmungen abgelöst werden und Meinungen der neue Goldstandard sind. Sowohl im Vorfeld des Brexit-Referendums als auch der MEI wurden Ängste vor Überfremdung und Fremdbestimmung erst geschürt und dann auf die politische Agenda gesetzt, womit sie zur neuen politischen Realität

wurden. Falschaussagen, Simplifizierung und das Verdrehen von Fakten paralyisierten zudem die Gegenseite, die ihre Zeit mit deren Dekonstruktion verschwendete und diskreditierte das Expertentum. Fakten und Wahrheit verlieren an Bedeutung, Falschaussagen ziehen keine Konsequenzen mehr nach sich, und es droht eine Gesellschaft, in der nur noch derjenige Politik macht, der dem Volk gibt, was es hören will und Probleme dort inszeniert, wo das Volk sie längst erwartet.

Obwohl kurz nach dem Brexit-Referendum, ähnlich wie nach der MEI, manche ihre Wahl bereuten, ist es eine heikle Angelegenheit, die Ergebnisse populistisch motivierter Initiativen nachträglich zu entschärfen oder aufzuheben. Mit der «Dehnung des Volkswillens» geht ein Legitimitätsdefizit einher. Wichtiger und zielführender sind präventive Massnahmen.

Dazu fünf Lektionen, die wir aus dem Brexit und der MEI lernen können: 1. Wir müssen «Volksängste» hinterfragen und die Faktenlage prüfen, statt auf jede Provokation einzugehen und diese hochzustilisieren. Realen Problemen und Ängsten sollten wir hingegen mit einer lebendigen Diskussionskultur begegnen. 2. Die Bekämpfung von Mythen und Unwahrheiten allein mit Fakten wird allerdings nicht reichen. Wähler glauben in der Regel eher, was ihre Erwartungen bestätigt, als was sie widerlegt. Der Schlüssel ist eine europa- und migrationsfreundliche Kultur. Das verlangt, liberale Ideen sowohl mittels Fakten als auch durch Werte zu verbreiten. 3. Wir müssen Begriffe zurückerobern und die SVP mit ihrer eigenen Rhetorik schlagen, aufzeigen, wie «unschweizerisch» ihre Anliegen sind. Das bedeutet aber nicht, die von der SVP vorgegebenen Themen zu bewirtschaften. Deshalb müssen wir die De-



Challenge Europe 2016

batte auch mit eigenen Begriffen prägen und die Themen Migration und Europa wieder in einen positiven Kontext stellen. 4. Die Vorteile einer migrations- und europafreundlichen Gesellschaft müssen wir den Bürgern ausserdem auf einer individuellen und wertebasierten Ebene vermitteln, «Storytelling» ist gefragt. 5. Für die Verbreitung dieser liberalen Werte brauchen wir schliesslich geeignete Überbringer. Beim Brexit-Referendum hat das «Remain»-Lager den Fehler begangen, zu glauben, dass eine euroskeptische Führung eine euroskeptische Bevölkerung zum Verbleib in der EU überzeugen könnte. Für eine erfolgreiche Taktik ist es unumgänglich, dass sich die Mitteparteien zusammenschliessen, sie müssen klar Position beziehen, sich den Rechtspopulisten entgegenstellen und das von der SVP diktierte EU-Tabu endlich durchbrechen.

Für Grossbritannien hat der Kampf gegen die Populisten erst begonnen, und während die EU im Brexit ein Anstoss zu Fortschritt und Reform sieht und eine gute Chance hat, am Ende gestärkt aus der Krise hervorzugehen, ist für die Schweiz das Gegenteil der Fall, sollten wir die Gelegenheit nicht zu einer Öffnung des EU-Diskurses nutzen und endlich gemeinsam für eine europa- und migrationsfreundliche Gesellschaft einstehen. ■

Werde Mitglied der yes! Alle Infos sind auf unserer Webseite: www.y-e-s.ch



«DIE EU IST EINE DIKTATORISCHE BEHÖRDENHERRSCHAFT»

«Die sogenannte «EU» – Eine Analyse von Michael Räumelt, Pressechef der SVP Viamala. Die «EU» wurde auf einem sogenannten Verordnungsweg zum unberechenbaren, bürokratischen Monster. Kein Staatenbund, kein Bundesstaat, keine Demokratie, sondern eine diktatorische Behördenherrschaft, die niemand durchschaut, niemand kontrolliert und niemand abwählen kann. Ausser man steigt, wie die Briten, demokratisch aus ... besser noch, man steigt erst gar nicht ein! Sehr verehrte Eidgenossen/in, wäre es nicht irrsinnig, wenn Ihr eure sensationelle Errungenschaft, nämlich Freiheit und Unabhängigkeit, an Brüssel verschleudern würdet? Deswegen muss die Schweiz mehr denn je ihre nationale Identität schützen, und das Schweizer Volk darf nicht zum Bedienungspersonal für Wirtschaftsflüchtlinge insbesondere der «EU» gemacht werden.»

Offizielle Information auf der Website der SVP Viamala (Juli 2016)

Das Knalltüten-Schimpfwort «Diktatur» wird offenbar SVP-Mainstream

1. Da wird die Presse aber in Ehrfurcht erstarrt sein vor dieser tiefschürfenden «Analyse» des Pressechefs. Im Ernst: Der unbedachte Text ist ein vielleicht extremes, aber illustratives Beispiel für die interesselose Schludrigkeit, mit der die SVP ihrem obsessiven Lieblingshassobjekt, der Europäischen Union, in Wirklichkeit gegenübertritt. Der idealtypische SVP-Propagandist kämpft vehement gegen das Gebilde EU und deckt es mit allen Schlötterlingen und Beleidigungen ein – aber er hat keine blasse Ahnung, wie diese in immerhin bald sieben Jahrzehnten gewachsene Institution überhaupt aufgebaut und organisiert ist, auf welchen Grundlagen sie beruht und wie ihre Exponenten wirklich arbeiten. Für ihn ist die EU ein zunächst eigenschaftsloser Sandsack fürs politische Boxtraining, dem man je nach Tagesbedarf und Aggressionsschub heute diese, morgen die gegenteilige negative Eigenschaft anheften kann. Mal besteht «Brüssel» aus einem Klub von Halbtrotteln, die sich unsinnige Vorschriften aus den Fingern saugen und nichts auf die Reihe kriegen, mal stellt es eine kalte, berechnende böse Übermacht dar, die alles unterdrückt und beherrscht. Dass die beiden Phantasmagorien sich gegenseitig ausschliessen, stört in der SVP niemanden; denn es geht ja gar nicht um einen Meinungsstreit über reale politische Konzepte, sondern um populistische Verunglimpfung.
2. Der Vorwurf des Pressechefs, dass die EU «niemand durchschaut», mag als Eingeständnis der eigenen Unbeholfenheit ja noch angehen: Wer sich nie um Verständnis bemüht hat, wird auch nie etwas verstehen. Unerträglich dumm und bösartig aber ist die nachgeplapperte, durch nichts gestützte Behauptung, die EU sei «diktatorisch». Dieses

Werturteil war man sich bisher von rechtsextremistischen und verwirrt-esoterischen Knalltüten-Websites gewohnt – offenbar wird der fahrlässige Umgang mit dem Begriff «Diktatur» allmählich auch zum SVP-Mainstream. Der Herrliberger hat heuer im Albisgüetli verkündet, die Schweiz sei unterwegs zu einer «Diktatur», weil noch nicht alle politischen Rollenträger nach der SVP-Pfeife tanzen. Auch der SVP-Propagandist Roger Köppel liess sich neulich öffentlich zum Statement hinreissen: «Keine Frage: Die EU ist auf dem Weg zur Diktatur» (Interview in «20minuten», 24. 6. 2016). Wie könnte eine Staatengemeinschaft aus 28 so unterschiedlichen Ländern – mächtigen und schwachen, armen und reichen, rechten und linken –, die jeden Schritt als Kompromiss von 28 grundverschiedenen Regierungen erarbeiten muss, je zu einer Diktatur werden? Und wer setzt sich vehement zur Wehr, wenn gewisse europäische Staaten in bedenklicher Geschichtsvergessenheit innenpolitisch mit diktatorischen Elementen liebäugeln? Die EU.

3. Etwas anderes noch ist am dürftigen EU-Beleidigungsausbruch dieser bündnerischen SVP-Sektion bezeichnend: Der dafür verantwortliche «Pressechef» ist ein deutscher Staatsbürger, der im zivilen Leben in Zillis eine «Wirtschaftskanzlei» betreibt, die nicht nur um schweizerische, sondern insbesondere auch um deutsche und österreichische Kundschaft buhlt. Er gehört somit zur grossen Schar der Geschäftsleute, die auf einen reibungslos und möglichst hürdenfrei funktionierenden europäischen Markt angewiesen sind und ihn auch als Selbstverständlichkeit benützen. Diesen Markt haben sie der EU zu verdanken. (sp)





Klimapolitik: 7100 Bürgermeister ziehen am gleichen Strick

Der 2008 gegründete EU-Bürgermeisterkonvent und der 2014 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon initiierte «Compact of Mayors» haben sich zu einem «Globalen Bürgermeisterkonvent für Klima und Energie» zusammengeschlossen. Die neue Gruppierung repräsentiert über 7100 Städte und Kommunalverwaltungen in 119 Ländern und zusammen über 600 Millionen Einwohner. Ihr Ziel ist die bessere Vernetzung von lokalen klimapolitischen Initiativen. (sp)

Grosse Mehrheit für die Freizügigkeit

«Eurobarometer», die periodische demoskopische Befragung mit 32000 Interviews in 34 Ländern (Mitglieder und Kandidaten), relativiert das Gerede von der «Euroskepsis»: 38% haben ein «neutrales», 34% ein «positives» und nur 27% ein «negatives» Bild von der EU. 66% fühlen sich als «Bürgerinnen und Bürger der EU». Und: 79% befürworten die Personenfreizügigkeit. In Grossbritannien war die Zustimmung mit 63% am geringsten, in Lettland mit 95% am grössten. (sp)

EU-Parlament vereinfacht Beschaffung und Austausch von Urkunden

Das EU-Parlament hat gemeinschaftsweite neue Regeln verabschiedet, welche die Beschaffung und Einreichung personenbezogener Urkunden (z.B. Geburt, Eheschliessung, Tod usw.) wesentlich erleichtern. Mehr als 14 Mio. EU-Bürger wohnen dank Freizügigkeit in einem anderen EU-Land; für sie wird der bürokratische Aufwand jetzt wesentlich vermindert. Gewisse Amtsformulare sollen künftig mehrsprachig sein, damit der Übersetzungsaufwand möglichst entfällt. (sp)





Vom Baum zum Tisch – Massivholzmöbel mit Charakter.

Jeder Arbeitsschritt in der Bearbeitung eines Massivholztisches wird bei Girsberger dokumentiert. Unsere Handwerker sind stolz darauf, mit ihrem Namen für ein hochwertiges und individuelles Produkt bürgen zu können.

